

– Fachbeitrag D3-2026 –

26.02.2026

Teilhabe am Arbeitsleben von Menschen mit (Schwer-) Behinderung und Einwanderungsgeschichte

Teilprojekt der Humboldt-Universität zu Berlin im Rahmen des Projektes VinkA¹

*Von Prof. Dr. Gudrun Wansing, Ulrike Peters, Dr. Tonia Rambausek-Haß,
alle Humboldt-Universität zu Berlin*

I. Einleitung

Das Projekt „Mit Vielfalt zum inklusiven Arbeitsmarkt – Aufgaben für das Reha- und Teilhaberecht“ - VinkA beschäftigt sich mit Fragestellungen der Teilhabe am Arbeitsleben unter Berücksichtigung der Verschiedenheit von Menschen mit Behinderungen.² Es handelt sich um ein Kooperationsprojekt der Deutschen Vereinigung für Rehabilitation mit vier wissenschaftlichen Kooperationspartnern, die sich der rechts- und sozialwissenschaftlichen Forschung widmen. Der folgende Beitrag stellt das von der Humboldt-Universität zu Berlin (HU Berlin) verantwortete empirische Teilvorhaben vor. Es legt seinen Forschungsfokus auf die Teilhabe am Arbeitsleben von Menschen an der Schnittstelle von Behinderung und Migration.

II. Hintergrund

Spätestens mit den Zuwanderungen im Rahmen der Fluchtmigration seit dem Jahr 2015 und aktuell im Kontext des Krieges gegen die Ukraine stellen sich erneut und verstärkt Fragen nach der Lebenssituation von (schwer-)behinderten Menschen mit Einwanderungsgeschichte und Fluchterfahrung in Deutschland und der Verwirklichung ihrer Teilhabe am Arbeitsleben. Dies gilt für Menschen, die bereits mit Beeinträchtigungen im Herkunftsland lebten, ebenso wie für Menschen, die während oder nach einer Flucht

¹ Dieser Beitrag wurde unter www.reha-recht.de als Fachbeitrag D3-2026 in der Kategorie D: Konzepte und Politik veröffentlicht; Zitiervorschlag: Wansing, Peters, Rambausek-Haß: Teilhabe am Arbeitsleben von Menschen mit (Schwer-)Behinderung und Einwanderungsgeschichte – Teilprojekt der Humboldt-Universität zu Berlin im Rahmen des Projektes VinkA; Beitrag D3-2026 unter www.reha-recht.de; 27.02.2026.

Bei diesem Beitrag handelt es sich um die – mit Ausnahme der Einleitung – unveränderte Zweitveröffentlichung des in der RP Reha 2/2025 abgedruckten Artikels.

² Vgl. <https://www.reha-recht.de/vinka>, ausführlich: Ausgabe 2/2025 der Zeitschrift Recht und Praxis der Rehabilitation.

Beeinträchtigungen, z. B. der psychischen Gesundheit, erworben haben.³ Zu denken ist aber auch an zugewanderte Menschen (und ihre Nachkommen), die schon seit Jahren oder Jahrzehnten in Deutschland leben und im Laufe des Arbeitslebens gesundheitliche Beeinträchtigungen und (Schwer-)Behinderungen erwerben. Es gibt Hinweise darauf, dass Menschen mit Migrationshintergrund seltener Maßnahmen der medizinischen Rehabilitation beantragen oder in Anspruch nehmen sowie geringere Rehabilitationserfolge und höhere Frühverrentungsquoten aufweisen als Menschen ohne Migrationshintergrund, die zu weiten Teilen mit der vorangegangenen schweren körperlichen Arbeit der in den 1950er-/60er-Jahren zugewanderten sogenannten Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter erklärt werden.⁴ Zapfel et al. (2013) beobachteten in einer qualitativen Studie von 2012 „migrationspezifische Zugangshemmnisse“ beim Zugang zur beruflichen Rehabilitation. Im Jahr 2017 lebten in Deutschland 1,87 Mio. Menschen mit Beeinträchtigungen und Migrationshintergrund.⁵ Für die Gruppe der als schwerbehindert anerkannten Menschen (als Teilgruppe der Menschen mit Beeinträchtigungen) weist die Schwerbehindertenstatistik für 2023 etwa eine halbe Million schwerbehinderte Menschen mit nicht-deutscher Nationalität aus.⁶ Dabei ist von einer statistischen Unterrepräsentanz von Menschen mit nicht-deutscher Nationalität unter den Menschen mit anerkannter Schwerbehinderung im Vergleich zu den Menschen mit deutscher Staatsbürgerschaft auszugehen: Im Jahr 2023 wiesen etwa 10,3 Prozent der Menschen mit deutscher Staatsbürgerschaft, aber nur 4,5 Prozent der Menschen mit nicht-deutscher Staatsbürgerschaft eine anerkannte Schwerbehinderung auf.⁷ Insgesamt lebten Ende 2023 etwa 83,46 Mio. Menschen in Deutschland, davon ca. 14,5 Prozent mit nicht-deutscher Staatsbürgerschaft.⁸ In der Bevölkerungsgruppe der Menschen mit Schwerbehinderung hatten hingegen lediglich 7,0 Prozent eine nicht-deutsche Nationalität.⁹

Neben möglichen Einflussfaktoren wie Alter, Geschlecht und beruflichen Tätigkeitsmerkmalen¹⁰ kann die Unterrepräsentanz auch auf mögliche (migrations-, beziehungsweise sprach- und bildungsspezifische) Barrieren in der Anerkennung des Schwerbehindertensstatus hinweisen, die mit negativen Folgen für mögliche Ansprüche auf Nachteilsausgleiche (im Arbeitsleben), betriebliche Interessenvertretung sowie Leistungen der (beruflichen) Rehabilitation einhergehen können. Weil auch (schwer-)behinderte Menschen mit deutscher Staatsbürgerschaft (z. B. nach Einbürgerung) eine Einwanderungsgeschichte aufweisen können, muss zudem davon ausgegangen werden, dass die Zahl der (schwer-)behinderten Menschen mit Einwanderungsgeschichte noch deutlich höher

³ Vgl. Keller/Hajji, 2021.

⁴ Vgl. Destatis, 2021, 343; hierzu auch Westphal/Wansing, 2012.

⁵ Vgl. Maetzel et al. 2021, 42.

⁶ Vgl. Statista, 2024, 9.

⁷ Vgl. ebd.; Destatis, 2025, 9.

⁸ Vgl. ebd.

⁹ Vgl. ebd.

¹⁰ Vgl. Westphal/ Wansing, 2012.

ist als die Zahl der (schwer-)behinderten Menschen mit nicht-deutscher Nationalität d. h. eigener Einwanderungserfahrung.¹¹

Die Gestaltung eines inklusiven Arbeitsmarktes, der die Verschiedenheit von Menschen mit Behinderungen anerkennt und ihr (Arbeitskräfte-)Potenzial in einer (Post-)Migrationsgesellschaft berücksichtigt, muss auch die (migrationsspezifischen) Voraussetzungen dieses Personenkreises und hierauf bezogene Barrieren in den Blick nehmen. Dabei gilt es Mehrfach-Diskriminierungen bzw. intersektionale Ungleichheiten entlang von (zugeschriebenen) sozialen Merkmalen und Zugehörigkeiten (wie Hautfarbe, nationale Herkunft, Religion) zu verhindern. Zur Förderung der Teilhabe am Arbeitsleben dieser Bevölkerungsgruppe gilt es zudem, das System der beruflichen Rehabilitation einwanderungs- und fluchtsensibel auszugestalten.

Die HU Berlin setzt deshalb die Teilhabe am Arbeitsleben von Menschen mit Beeinträchtigungen und Einwanderungsgeschichte in das Erkenntnisinteresse ihrer Untersuchungen. In den einzelnen Studien wird Behinderung (gem. Präambel lit. e UN-Behindertenrechtskonvention [UN-BRK] und § 2 Abs. 1 SGB IX) als Ergebnis negativer Interaktionen zwischen einer Person mit Beeinträchtigungen und Umweltfaktoren verstanden und nicht a priori zugeschrieben.¹² Sozialrechtlich relevante Merkmale wie Schwerbehinderung und ein festgestellter GdB werden in der Analyse differenziert. So wird beispielsweise davon ausgegangen, dass bereits der Zugang zu einem anerkannten Status der Behinderung eine migrationsbedingte Barriere darstellen kann. Als Menschen mit Einwanderungsgeschichte gelten in der Untersuchung in Orientierung an den Mikrozensus Menschen, die entweder selbst oder deren beide Elternteile seit 1950 nach Deutschland eingewandert sind.¹³ Die Kategorie Einwanderungsgeschichte ist definitiv von der Kategorie Nationalität klar abgegrenzt und ermöglicht zudem die Betrachtung von Einwanderungserfahrungen. Während sich die Kategorie Migrationshintergrund auf die Staatsangehörigkeit von Personen und ihrer Eltern bezieht, ist für die Kategorie Einwanderungsgeschichte der Geburtsort einer Person und ihrer Nachkommen entscheidend. Zudem zielt die Verwendung der Kategorie Einwanderungsgeschichte auf die Vermeidung von Stigmatisierungen, die seit einigen Jahren bei der Verwendung des Begriffes Migrationshintergrund zu verzeichnen sind.¹⁴ Der Themenschwerpunkt soll am Projektstandort im Rahmen von drei Teilmodulen bearbeitet werden:

- A. Verbesserung der repräsentativen Datenlage zur Teilhabe am Arbeitsleben von Menschen mit (Schwer-) Behinderung und Einwanderungsgeschichte
- B. Erfassung der subjektiven Perspektiven von Menschen mit (Schwer-) Behinderung und Einwanderungsgeschichte sowie von Informations- und Beratungsbedarfen
- C. Transfer und Vernetzung

¹¹ Vgl. Destatis, 2022, 27; von der Bevölkerungsgruppe der Menschen mit Migrationshintergrund hatten im Jahr 2022 etwa die Hälfte (51,2%) eine deutsche Staatsbürgerschaft, vgl. BMI 2022, 155.

¹² Vgl. Schäfers, 2025.

¹³ Destatis, 2023.

¹⁴ Vgl. Canan/Petschel, 2023.

III. Themen, Fragestellungen und Methoden

1. Verbesserung der repräsentativen Datenlage zur Teilhabe am Arbeitsleben von Menschen mit (Schwer-)Behinderung und Einwanderungsgeschichte (Modul A)

Der dritte Teilhabebericht der Bundesregierung über die Lebenslagen von Menschen mit Beeinträchtigungen zeigt, dass die Erwerbsquote von Menschen mit Beeinträchtigungen und Migrationshintergrund (45%) sowohl unter der Erwerbsquote von Menschen mit Beeinträchtigungen ohne Migrationshintergrund (55%) als auch unter der Erwerbsquote von Menschen mit Migrationshintergrund ohne Beeinträchtigungen (71%)¹⁵ liegt. Dies bedeutet, dass an der Schnittstelle bzw. im Zusammenwirken von Behinderung und Migration (Intersektionalität) spezifische Risiken und Barrieren im Zugang zu Erwerbsarbeit wirken. Weitere, differenzierte Daten zur Erwerbssituation von Menschen mit Beeinträchtigungen und Migrationshintergrund liegen im dritten Teilhabebericht nicht vor. Im zweiten Teilhabebericht der Bundesregierung beschäftigt sich ein Schwerpunktkapitel mit der Teilhabesituation von Menschen mit Beeinträchtigungen und Migrationshintergrund,¹⁶ jedoch finden sich auch hier, über einfache Daten zu ihrer Erwerbsbeteiligung hinaus, keine differenzierten Daten zur Teilhabe am Arbeitsleben dieses Personenkreises. Zudem beziehen sich die wenigen verfügbaren Daten nur auf ihre Lebenssituation in Privathaushalten, nicht aber in besonderen Wohnformen. Für die Repräsentativbefragung zur Teilhabe von Menschen mit Behinderung im Auftrag der Bundesregierung¹⁷ wurden zwar Variablen zur Einwanderungsgeschichte erhoben, diese wurden jedoch nicht für den Abschlussbericht der Studie ausgewertet. Umgekehrt wird das Merkmal ‚Behinderung‘ in den Sozialberichten zu den Lebenslagen von Menschen mit Einwanderungsgeschichte und/oder Fluchthintergrund¹⁸ kaum berücksichtigt. Zur Verbesserung der quantitativen Datenlage soll eine Sekundäranalyse der Repräsentativbefragung zur Teilhabe von Menschen mit Behinderung¹⁹ durchgeführt werden.

Ausgewählte Fragestellungen sind:

- Wie stellt sich die Ausbildungs- und Erwerbssituation von Menschen mit (Schwer-)Behinderungen und Einwanderungsgeschichte dar?
- Welche Faktoren nehmen Einfluss auf die Erwerbs- und Teilhabesituation dieses Personenkreises und wie hängen sie miteinander zusammen?

¹⁵ Vgl. Maetzel et al. 2021, 233.

¹⁶ Engels et al., 2016, Kap. III. 1.

¹⁷ Steinwede/Harand, 2022.

¹⁸ Integrationsberichte, vgl. Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, 2016, 2019, 2023.

¹⁹ Steinwede/Harand, 2022.

- Wie stellt sich der Anteil von Menschen mit Einwanderungsgeschichte (bzw. nicht-deutscher Nationalität) in der Gruppe der Menschen mit anerkannter Schwerbehinderung dar?
- Welche Unterstützung beim Zugang zum und am Arbeitsplatz ist erforderlich bzw. wird in Anspruch genommen (z. B. Barrierefreiheit, Hilfsmittel)?

Die Ergebnisse sollen Informationen liefern, um die Verwirklichung eines inklusiven Arbeitsmarktes bzw. der Teilhabe am Arbeitsleben unter besonderer Berücksichtigung des Grundsatzes der Anerkennung der Verschiedenheit von Menschen mit Behinderungen nach Artikel 3 lit. d UN-BRK (hier im Hinblick auf Migrationsaspekte) bewerten und ggf. notwendige politische Maßnahmen ableiten zu können. Damit können die Ergebnisse auch dazu beitragen, den vertraglichen Verpflichtungen nach Artikel 31 UN-BRK zur Sammlung statistischer Angaben und Forschungsdaten (hier im Bereich von Arbeit und Beschäftigung) nachzukommen.

2. Erfassung der subjektiven Perspektiven von Menschen mit (Schwer-)Behinderung und Einwanderungsgeschichte sowie von Informations- und Beratungsbedarf (Modul B)

Über eine quantitative Datenlage (vgl. III. 1.) hinaus, bedarf es zur Ableitung konkreter politischer und praktischer Maßnahmen zur Förderung eines inklusiven Arbeitsmarktes und eines migrationssensiblen und diversitätssensiblen Systems der (beruflichen) Rehabilitation vertiefter und ergänzender Einblicke in das Erleben der Erwerbssituation und der Teilhabe am Arbeitsleben durch die Zielgruppe selbst. Erst wenige qualitative Studien zur Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen und Einwanderungsgeschichte nehmen auch die Erwerbssituation in den Blick.²⁰ Sie weisen auf spezifische Barrieren hin, die über Barrieren hinausreichen, wie sie für (schwer-)behinderte Menschen ohne diesen Hintergrund bereits bekannt sind. Genannt werden u. a. rechtliche Barrieren (z. B. je nach Aufenthaltsstatus begrenzte Zugänge zu Leistungen, Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen), institutionell-bürokratische Barrieren (z. B. erschwelter Zugang zu Leistungen der beruflichen Rehabilitation aufgrund fehlender Informationen über Leistungen und das deutsche Rehabilitationssystem, Schwierigkeiten bei der Beantragung und Anerkennung einer Schwerbehinderung); Diskriminierungserfahrungen (z. B. Benachteiligung entlang von Sprache, erschwelter Zugang in den Arbeitsmarkt); Zugang zur zielgruppenspezifischen Gesundheitsversorgung (z. B. Hilfsmittel/ technische Hilfen, die auch für den Weg zur Arbeit oder am Arbeitsplatz nutzbar sind). Es wird berichtet, dass es oft Jahre dauert und/ oder vom Zufall sowie den verfügbaren sozialen und finanziellen Ressourcen der Menschen abhängt, bis bzw. ob

²⁰ Vgl. Westphal/ Boga, 2023; Afeworki Abay, 2023.

Leistungsansprüche bekannt werden und Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben umgesetzt bzw. in Anspruch genommen werden können.²¹ In Bezug auf die berufliche Rehabilitation führen Zapfel et al.²² u. a. sprachliche Barrieren an, die sich nicht nur bei der Bedarfserkennung und -feststellung auswirken, sondern auch auf die Bewilligung von Maßnahmen, wenn diese bspw. Deutschkenntnisse voraussetzen²³ Ein weiteres Hemmnis beim Zugang zu beruflicher Rehabilitation ist aus Sicht der Migrantinnen und Migranten beispielsweise die schwer nachvollziehbare Zuständigkeit der Reha-Träger. Vertretende der befragten Institutionen nehmen u. a. „*ein mangelhaftes Eingestehen der eigenen Hilfsbedürftigkeit*“ bei Rehabilitandinnen und Rehabilitanden mit Migrationshintergrund wahr sowie „*eine reduzierte Widerspruchsneigung gegen negative Bewilligungsbescheide*“.²⁴ Die Autorenschaft weist darauf hin, dass einzelne Reha-Träger zwar Informationen in unterschiedlichen Sprachen und auch Dolmetschende zur Verfügung stellen, jedoch sei über die Nutzung dieser Unterstützung wenig bekannt.

Nach Einschätzung einer qualitativen Studie von Westphal und Boga in Hessen (2023) mangelt es aus der Perspektive von Menschen mit Behinderungserfahrungen und Migrationsgeschichten nicht an Ansprüchen, Instrumenten und Angeboten zur Unterstützung, sondern an ihrer Umsetzung. Es wird auf einen Bedarf an vertiefter Forschung, auch in der Dimension der Erwerbsarbeit hingewiesen.²⁵

Die geplante qualitative Studie setzt hier u. a. mit folgenden **Fragestellungen** an:

- Welche Faktoren fördern oder behindern, aus der Subjektperspektive von Menschen mit (Schwer-)Behinderungen und Einwanderungsgeschichte, den Zugang zum oder den Verbleib im Arbeitsmarkt?
- Was beeinflusst den Zugang zu Nachteilsausgleichen, Teilhabeleistungen und beruflicher Rehabilitation?
- An welchen Stellen im Rehabilitationsprozess (von der Bedarfserkennung bis zur Leistungserbringung) erfahren Menschen mit (Schwer-)Behinderungen und Einwanderungsgeschichte Barrieren, Widerstände und mangelnde Unterstützung bzw. welche Bedingungen erweisen sich als hilfreich und förderlich?
- Welche Unterstützung wünschen sich Menschen mit (Schwer-)Behinderung und Einwanderungsgeschichte zur Verwirklichung ihrer Teilhabe am Arbeitsleben?
- Welche Rollen spielen Informationen und Beratung?

²¹ Vgl. Westphal/Boga, 2023.

²² Befragt wurden Reha-Fachberaterinnen und -Fachberater der Deutschen Rentenversicherung, Fachkräfte der Berufsförderungswerke und freien Träger sowie Rehabilitandinnen und Rehabilitanden mit und ohne Migrationshintergrund.

²³ Vgl. Zapfel et al., 2013, 138 f.

²⁴ Vgl. ebd., 65.

²⁵ Vgl. Westphal/Boga, 2023.

Die Subjektperspektive von Menschen mit (Schwer-)Behinderungen und Einwanderungsgeschichte soll mithilfe eines **partizipativ orientierten Forschungsansatzes** in den Fokus gesetzt und gestärkt werden. Dieser Ansatz kommt den Grundsätzen der Inklusion und Partizipation von Menschen mit Behinderungen in allen sie betreffenden Belangen entgegen. Über den gesamten Forschungsprozess soll eine Gruppe **Erfahrungsexpert*innen**²⁶ gezielt an einzelnen forschungsrelevanten Fragestellungen mitforschen und an wichtigen Entscheidungsprozessen möglichst partizipativ beteiligt werden. Die Gruppe setzt sich aus Expertinnen und Experten in eigener Sache zusammen, die sowohl eine Einwanderungsgeschichte als auch Beeinträchtigungen haben und mit ihrem Erfahrungswissen den Forschungsprozess kontinuierlich voranbringen sollen. Sie *„verfügen über lebensweltliches Wissen, sprachliche Kompetenzen und soziale Kontakte, die [...] als ‚Insider‘ und ‚Gleichgestellte‘ (Peers) einen besonderen Zugang zum Forschungsfeld und den darin verorteten Akteuren verschaffen“*²⁷ können. Zum anderen ermöglicht die prozessbegleitende Zusammenarbeit mit den Erfahrungsexpert*innen, dass die formulierten Forschungsfragen auch die tatsächlichen Anliegen der betroffenen Personen widerspiegeln, Forschungsergebnisse kontext- sowie kultursensibel interpretiert und schließlich Transferformate entwickelt werden können, die in den sozialen und lebensweltlichen Kontexten besser auf- und angenommen werden.²⁸ Die partizipative Forschung zeichnet sich durch eine doppelte Zielsetzung aus: Das Erkenntnisziel – Hervorbringen neuen Wissens – wird um ein Handlungs- und Praxisziel ergänzt; die soziale Wirklichkeit von Menschen mit Behinderungen und Einwanderungsgeschichte im Arbeitsleben soll nicht nur verstanden, sondern auch nachhaltig verändert werden.²⁹ In einem jüngst abgeschlossenen Forschungsprojekt (ZIP – NaTAR) wurde die Implementierung einzelner partizipativer Methoden in die qualitative Forschung mit Menschen mit Behinderungen an der HU Berlin bereits erfolgreich erprobt.³⁰

Als empirische Erhebungsschritte sind zur Beantwortung der o. g. Forschungsfragen zum einen **Interviews mit Menschen mit Behinderung und Einwanderungsgeschichte** vorgesehen. Ihre subjektive Sichtweise soll ergänzt werden um **die Sichtweise der Beratungskräfte aus Beratungsangeboten für Menschen mit Behinderungen und/ oder Einwanderungsgeschichte**. So erscheint z. B. das inzwischen bundesweit etablierte Angebot einer Ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung (EUTB) nach § 32 SGB IX mit dem „Eine für alle“-Prinzip und dem Ansatz der Peer-Beratung als relevanter Akteur an der Schnittstelle der Personenkreise bedeutsam. Inwiefern es den EUTB-Stellen gelingt, diesen Personenkreis mit ihrem Beratungsangebot (zur Teilhabe am Arbeitsleben) zu erreichen, vermögen die vorliegenden Daten jedoch nicht differenziert aufzuzeigen.³¹ Im Rahmen der Befragung von Beratungsfachkräften

²⁶ Vgl. Bär et al., 2020.

²⁷ v. Unger, 2014, 41.

²⁸ Vgl. ebd. 31.

²⁹ Vgl. v. Unger, 2014.

³⁰ Vgl. Rambauser-Haß, Peters, Wansing, Mattern 2025, die Forschungsergebnisse zur Studie werden in Kürze auf www.reha-recht.de veröffentlicht.

³¹ Heimer et al., 2023.

sollen spezifische Informations- und Beratungsbedarfe von Menschen mit Behinderungen und Einwanderungsgeschichte zur Teilhabe am Arbeitsleben identifiziert werden.

3. Transfer und Vernetzung (Modul C)

Im dritten Modul des Projektschwerpunktes der HU Berlin geht es um den integrierten Transfer der Erkenntnisse aus den Modulen A und B sowie um die Vernetzung der relevanten Akteure mit dem Ziel eines Austauschs von Expertise aus den traditionell separierten Unterstützungssystemen für Menschen mit Behinderungen einerseits und für Menschen mit Einwanderungsgeschichte andererseits. Zudem sollen durch Information, Aufklärung und Vernetzung konkrete Verbesserungen in Richtung eines inklusiven Arbeitsmarktes und der Teilhabe am Arbeitsleben von Menschen mit Behinderungen und Einwanderungsgeschichte angestoßen werden. Es ist nicht nur von einem hohen Orientierungs- und Aufklärungsbedarf bei den Menschen mit Behinderungen und Einwanderungsgeschichte selbst auszugehen, sondern auch z. B. bei Arbeitgebern und den Fachkräften in den verschiedenen Unterstützungssystemen.³² Für diese Zwecke der Information, Aufklärung und Vernetzung sollen die vorhandenen und seit Jahren erfolgreich erprobten Formate des Diskussionsforums Rehabilitations- und Teilhaberecht³³ genutzt werden. Neben Fachbeiträgen zu den Ergebnissen sind Online-Diskussionen im interaktiven Forum Fragen – Meinungen – Antworten zum Rehabilitations- und Teilhaberecht (FMA)³⁴ zum Thema geplant. Eine Fachtagung soll sich ebenfalls mit diesem Schwerpunktthema beschäftigen. Die Vernetzung von relevanten Akteuren soll durch einen Workshop weiter angebahnt bzw. gestärkt werden. In Zusammenarbeit mit den Co-Forschenden soll zudem ein (digitales) Transferformat entwickelt werden, das Informations- und Aufklärungsbedarfen begegnen soll, die in Modul B mit ihnen gemeinsam identifiziert werden.

Literatur

Afeworki Abay, Dekolonialisierung des Wissens. Eine partizipative Studie zu Diskriminierung und Teilhabe von BIPOC mit Behinderungserfahrungen an Erwerbsarbeit, transcript, 2023.

Bär/Kasberg/Geers/Clar, Fokusgruppen in der partizipativen Forschung. In: Hartung/Wihofszky/Wright (Hrsg.), Partizipative Forschung. Ein Forschungsansatz für Gesundheit und seine Methoden, Springer VS, 2020, 207–231, unter <https://link.springer.com/book/10.1007/978-3-658-30361-7>, zuletzt abgerufen am 28.01.2026.

³² Vgl. Zapfel et al., 2013; Heimer et al., 2023.

³³ Vgl. www.reha-recht.de.

³⁴ Vgl. <https://fma.reha-recht.de/>.

Bundesministerium des Inneren und für Heimat (BMI), Migrationsbericht der Bundesregierung. Migrationsbericht 2022, unter <https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Migrationsberichte/migrationsbericht-2022.html?nn=282388>, zuletzt abgerufen am 28.01.2026.

Canan/Petschel, Die Umsetzung des Konzepts „Einwanderungsgeschichte“ im Mikrozensus, 2023, unter **Fehler! Linkreferenz ungültig.**https://www.statistischebibliothek.de/mir/servlets/MCRFileNodeServlet/DEAusgabe_derivate_00001742/WISTA_4_2023.pdf, zuletzt abgerufen am 28.01.2026.

Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.), 11. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration – Teilhabe, Chancengleichheit und Rechtsentwicklung in der Einwanderungsgesellschaft Deutschland, Dezember 2016, unter <https://www.publikationen-bundesregierung.de/pp-de/publikationssuche/11-bericht-der-beauftragten-der-bundesregierung-fuer-migration-fluechtlinge-und-integration-teilhabe-chancengleichheit-und-rechtsentwicklung-in-der-einwanderungsgesellschaft-deutschland-729972>, zuletzt abgerufen am 28.01.2026.

Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.), Deutschland kann Integration: Potenziale fördern, Integration fordern, Zusammenhalt stärken. 12. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, 2019, unter <https://www.publikationen-bundesregierung.de/pp-de/publikationssuche/deutschland-kann-integration-potenziale-foerdern-integration-fordern-zusammenhalt-staerken--1823794>, zuletzt abgerufen am 28.01.2026.

Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.), 13. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration – Rassismus in Deutschland: Ausgangslage, Handlungsfelder, Maßnahmen, 2023, unter <https://dserver.bundestag.de/btd/20/056/2005670.pdf>, zuletzt abgerufen am 28.01.2026.

Engels/Engel/Schmitz, Zweiter Teilhabebericht der Bundesregierung über die Lebenslagen von Menschen mit Beeinträchtigungen. Teilhabe – Beeinträchtigung – Behinderung. BMAS (Hrsg.), 2016, unter <https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/a125-16-teilhabebericht.pdf?blob=publicationFile&v=2>, zuletzt abgerufen am 28.01.2026.

Heimer/Schütz/Wansing et al., Evaluation der Ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung, 2023, unter <https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/Forschungsberichte/fb-620-evaluation-der-eutb.pdf?blob=publicationFile&v=3>, zuletzt abgerufen am 28.01.2026.

Keller/Hajji, Die psychische Gesundheit von Geflüchteten in Deutschland. Zur Rolle der Lebenszufriedenheit als Mediator zwischen dem Gefühl „willkommen zu sein“ und der psychischen Gesundheit. Prävention und Gesundheitsförderung, 6(4), 354–360, unter <https://doi.org/10.1007/s11553-021-00833-0>, zuletzt abgerufen am 28.01.2026.

Maetzel/Heimer/Braukmann/Frankenbach/Ludwig/Schmutz, Dritter Teilhabebericht der Bundesregierung über die Lebenslagen von Menschen mit Beeinträchtigungen Teilhabe – Beeinträchtigung – Behinderung, BMAS (Hrsg.), 2021, unter https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/a125-21-teilhabebericht.pdf?__blob=publicationFile&v=7, zuletzt abgerufen am 28.01.2026.

Statista, Politik & Gesellschaft. Schwerbehinderung in Deutschland, 2024, unter <https://de.statista.com/statistik/studie/id/29309/dokument/schwerbehinderung-in-deutschland-statista-dossier/>, zuletzt abgerufen am 28.01.2026.

Statistisches Bundesamt (Destatis), 9 Gesundheit – Auszug aus dem Datenreport 2021, 2021, unter <https://www.destatis.de/DE/Service/Statistik-Campus/Datenreport/Downloads/datenreport-2021-kap-9.html>, zuletzt abgerufen am 28.01.2026.

Statistisches Bundesamt (Destatis), Soziale Leistungen – Schwerbehinderte Menschen. Fachserie 13 Reihe 5.1., 2022, unter https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Gesundheit/Behinderte-Menschen/Publikationen/Downloads-Behinderte-Menschen/schwerbehinderte-2130510219004.pdf?__blob=publicationFile&v=3, zuletzt abgerufen am 28.01.2026.

Statistisches Bundesamt. Pressemitteilung Nr. 158 vom 20. April 2023. 2023, unter https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/04/PD23_158_125.html, zuletzt abgerufen am 28.01.2026.

Statistisches Bundesamt (Destatis), Bevölkerungsstand. Bevölkerung nach Nationalität und Geschlecht (Quartalszahlen), 2025, unter <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/Tabellen/liste-zensus-geschlecht-staatsangehoerigkeit-basis-2022.html#1343598>, zuletzt abgerufen am 28.01.2026.

Steinwede/Harand, Abschlussbericht Repräsentativbefragung zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen, Infas (Hrsg.), 2022, unter https://www.bmas.de/Shared-Docs/Downloads/DE/Publikationen/Forschungsberichte/fb-598-abschlussbericht-repraesentativumfrage-teilhabe.pdf?__blob=publicationFile&v=5, zuletzt abgerufen am 28.01.2026.

v. Unger, Partizipative Forschung. Einführung in die Forschungspraxis. Wiesbaden: Springer VS, 2014.

Westphal/Wansing, Zur statistischen Erfassung von Migration und Behinderung – Repräsentanz und Einflussfaktoren. Migration und Soziale Arbeit, 4, 2012, 365–373.

Westphal/Boga, „Ich könnte mit normalen Leuten leben“ – Barrieren, Ressourcen und Wünsche an der Schnittstelle von Flucht, Migration und Behinderung, university press, 2023, unter <https://doi.org/10.17170/kobra-202210287048>, zuletzt abgerufen am 28.01.2026.

Zapfel/Svetlova/Faßmann, Migrant(inn)en in der beruflichen Rehabilitation, Institut für empirische Soziologie an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, 2013, unter https://www.ifes.fau.de/files/2021/02/2013_zapfel-et-al-mh-reha-2.pdf, zuletzt abgerufen am 28.01.2026.

Ihre Meinung zu diesem Fachbeitrag ist von großem Interesse für uns.
Wir freuen uns auf Ihren Kommentar auf www.reha-recht.de.
